

Katrin Vogel (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mehr Frauen in technische Berufe – das ist ein wichtiges Thema, wie ich finde. Ich frage mich allerdings: Was hat dieses Thema als Priorität der Linken auf der heutigen Plenarsitzung zu suchen? – Ist das Ihre Priorität für unsere Stadt?

Ich hätte heute an dieser Stelle viel lieber über Wohnungsneubau gesprochen oder über Verkehrskonzepte oder vielleicht auch über die Zukunft der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. – Mal so ganz nebenbei: Das aktuelle Ausbildungsjahr hat bereits begonnen. Ihr Antrag hätte vielleicht vor einem Dreivierteljahr Priorität haben können, aber nicht heute.

Die Reservierungsquote ist im Berliner Landesgleichstellungsgesetz verankert, und es gibt sie seit vielen Jahren. Ich verstehe ehrlich gesagt auch nicht, warum Sie auch in der Begründung zu Ihrem Antrag immer darüber reden, dass Sie diese Reservierungsquote erst einführen wollen. Es ist eine bestehende gesetzliche Regelung, und es geht hier nicht um ein Wünsch-dir-was. Landeseigene Unternehmen sind verpflichtet, mindestens 50 Prozent der Ausbildungsplätze in Bereichen, wo Frauen unterrepräsentiert sind, an Frauen zu vergeben und ggf. die Ausschreibung zu wiederholen. Wenn dies, wie Sie feststellen, von einigen landeseigenen Unternehmen nicht oder unzureichend umgesetzt wird, dann braucht es nicht den vorliegenden Antrag, sondern ein ernst gemeintes und durchgreifendes Handeln des Senats, insbesondere der Senatorin, die für Gleichstellung zuständig ist.

Ob die Durchsetzung der Reservierungsquote nun dazu führen wird, dass Mädchen und Frauen in technische Berufe kommen, wage ich zu bezweifeln. Ich weiß ja, dass Sie von der Koalition denken, mit Quoten könne man alles regeln. Aber die Realität sieht nun einmal anders aus. Ich bin fest davon überzeugt, dass es auch künftig keinen 50-prozentigen Frauenanteil z. B. bei der Ausbildung von Gleisbauern, Kfz-Mechatronikern oder Mauern geben wird – im Gegenteil! Ich würde mir wünschen, dass es einen 50-prozentigen Männeranteil in den Ausbildungsberufen Erzieher oder bei der Kranken- und Altenpflege geben würde. Man muss es nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass es auch weiterhin Ausbildungsberufe geben wird, die mehr von Frauen bzw. von Männern nachgefragt werden. Ich sehe hier auch ehrlich gesagt keinen akuten Handlungsbedarf.

Den sehe ich ganz woanders: Im aktuellen Ausbildungsjahr konnten über 5 700 vorhandene Ausbildungsplätze nicht besetzt werden – so viele wie nie zuvor. Gleichzeitig sind aber über 6 700 Bewerber ohne Ausbildungsplatz geblieben. Sie wollen Unternehmen Zwangsgelder über-

Plenarprotokoll 18/31	Turnus 15.20 Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 4/5
	- schy -

helfen, wenn sie nicht ausbilden. Schaffen Sie doch erst einmal die Voraussetzungen dafür, dass Ausbildungsplätze auch besetzt werden können! Hier müssen doch Lösungen gefunden werden!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Das wäre ein Thema für einen heutigen Antrag mit Priorität gewesen.

Wir brauchen eine deutlich höhere Qualität in der Bildung. Wir brauchen eine ausreichende Anzahl von Kitaplätzen, und wir brauchen ausreichend Wohnungsangebote auch für Auszubildende. Wir brauchen eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was tun Sie hierfür? – Die von Ihnen aufgezählten Maßnahmen zur Ansprache und zum Aufzeigen von Berufsperspektiven von Mädchen und Frauen sind allesamt nicht neu. Sie werden auch das Problem nicht lösen. Sie können aber auch keinesfalls schaden.

Wir können gern in den Ausschüssen noch darüber reden. Aber ich gehe davon aus, dass sich meine Fraktion bei diesem Antrag enthalten wird. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Çağlar.